

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. nach auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die 3-spaltige Rubrikzeile 6.— Mk. nach auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2944. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 2900.

Nr. 45

Mittwoch, den 23. Februar 1921

12. Jahrgang

Das Liebeswerben um die Sozialdemokratie.

Die endgültigen Wahlergebnisse.

Berlin, 22. Febr. Für die preussischen Landtagswahlen wurden insgesamt 15 951 338 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die einzelnen Parteien: Mehrheitssozialisten 4 171 286, Zentrum 2 964 002, Demokraten 977 463, Deutschnationalen 2 892 662, Unabhängigen 1 055 023, Deutsche Volkspartei 2 266 587, Kommunisten 1 207 695, Polnische Partei 12 271, Fraktionslosen 940, Wirtschaftspartei 187 345 und auf sonstige Parteien 5 606 Stimmen.

Berlin, 22. Febr. (W. T. B.) Nichtamtlich, vorläufiges Gesamtergebnis der preussischen Landtagswahlen. Nach den bisherigen Feststellungen erschienen 399 Abgeordnete als gewählt, davon Mehrheitssozialisten 106, Demokraten 26, Zentrum 79, Deutsche Volkspartei 57, Deutschnationale Volkspartei 72, Wirtschaftspartei des Mittelstandes 4, Unabhängige 26, Vereinigte Kommunisten 30.

Berlin, 22. Febr. Zu den 399 neugewählten Abgeordneten zum preussischen Landtage treten noch die bisherigen 22 Abgeordneten des Kreises 9 (Oberhesien) zu der Landesversammlung hinzu, so daß die Gesamtzahl 421 beträgt. Davon sind Mehrheitssozialisten 113, Demokraten 26, Zentrum 90, Deutsche Volkspartei 57, Deutschnationale 73, Wirtschaftspartei des Mittelstandes 4, Unabhängige 28, Vereinigte Kommunisten 30.

Berlin, 22. Febr. Auf Grund der Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein ergibt sich unter Berücksichtigung der noch nicht verwendeten Reststimmen vom 6. Juni 1920 folgende Verteilung innerhalb der Parteien des Reichstages:

Zahl der Abgeordneten	Bisher	Künftig
Deutschnationale Volkspartei	86	71
Deutsche Volkspartei	62	65
Hannoversche Landespartei	5	5
Zentrum	67	68
Bayerische Volkspartei	21	21
Bayerischer Bauernbund	4	4
Deutsch-Demokraten	45	40
Sozialdemokraten	113	108
Unabhängige	59	61
Kommunisten	24	26
	466	469

Die Sehnsucht nach der „sozialdemokratischen Mißwirtschaft“.

Berlin, 22. Febr. Zu den Verhandlungen über Erweiterung der Koalitionsregierung in Preußen und im Reich sagt das „Tageblatt“: Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß in kürzester Zeit im Reich wie in Preußen eine große Koalition zustande kommt, die von der Deutschen Volkspartei über das Zentrum und die Demokraten bis zur Mehrheitssozialdemokratie reicht. In der „Vossischen Zeitung“ wird es als schwerer Fehler bezeichnet, daß die Reichsregierung und die preussische zu wenig homogen sind. Es dürfte nicht wiederholt werden, den nach den Reichstagswahlen begangenen Weg nochmals zu beschreiten. Die Möglichkeit, aus diesem Grunde der Regierung fernzubleiben, habe für die Demokraten nichts Schreckhaftes. Nach der Meinung der „Germania“ ist die Grundlage aller nachrevolutionären Politik Deutschlands nicht zu erschüttern, daß gegen die Sozialdemokratie nicht registriert werden kann. Scheidemann erklärt im „8-Uhr-Abendblatt“, auch fernerhin ein Gegner jedes Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volkspartei zu sein. Es könnte höchstens davon die Rede sein, daß die Entscheidung davon abhängt, auf Grund welchen Aktionsprogramms eine neue Regierung im Reich arbeiten sollte.

Berlin, 23. Febr. Ueber die Herstellung einer Homogenität, wie sie von den Parteien der Regierungskoalition im Reich empfohlen wird, sagt das „Tageblatt“, daß der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierungskoalition von den Zusicherungen abhängig wird, die die Parteien für ihr Verhalten in einem Koalitionskabinett abgeben würden. Das Blatt hebt jedoch hervor, daß die demokratisch-republikanischen Parteien der gegenwärtigen Regierung in Preußen die entscheidenden Ministerien, wie das Ministerium des Innern und des Kultus, für sich beanspruchen werden. Ueber die Haltung der Sozialdemokratischen Partei erzählt das Blatt von führenden preussischen Sozialdemokraten, daß innerpolitisch nicht die mindeste Notwendigkeit für die alte Regierungskoalition vorliegt, ihre Basis nach rechts zu verbreitern, da die Wahl eine, wenn auch nicht starke Mehrheit für die

Regierungskoalition ergeben habe, die für durchaus arbeitsfähig angesehen werden könne. Wie der „Vorwärts“ jedoch mittelt, könne über die endgültige Stellungnahme der Sozialdemokraten noch nichts gesagt werden, da die einzige zuständige Parteinstanz, die sozialdemokratische Landtagsfraktion, noch nicht zusammengetreten sei. Die Deutsche Volkspartei vertritt, wie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von führenden Kreisen der Partei mitgeteilt wird, nach wie vor die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten im Reich wie in Preußen. Die „Germania“ lehnt erneut die Teilnahme des Zentrums an einer rein bürgerlichen Regierung, wie sie von den Deutschnationalen gefordert wird, ab.

Berlin, 22. Febr. Heute fand eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß darauf hingewirkt werden müsse, daß die Regierung im Reich und in Preußen von derselben Parteikoalition getragen werde. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkte aus ein einheitliches Vorgehen der in der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preussischen Regierung angestrebt werden soll.

Die Verlegenheit der nur auf eine parlamentarische Minderheit gestützten Reichsregierung erscheint uns angesichts der bevorstehenden Londoner Wiedergutmachungskonferenz, zumal im Hinblick auf die großen Wahlerfolge der Sozialdemokratie in Preußen, sehr begreiflich. Einstweilen erscheint uns aber noch ziemlich zweifelhaft, daß unsere Partei sich für die Londoner Verhandlungen mit der Verantwortung für die von der rein bürgerlichen Reichsregierung getriebene Außenpolitik, die von Stinnes und Rahr diktiert wurde, belasten wird.

Beginn der Wiener Internationalen Sozialistenkonferenz.

Wien, 22. Febr. Heute nachmittag trat die internationale Sozialistenkonferenz unter dem Vorsitz Longuets zusammen. Dr. Friedrich Adler bemerkte über die Aufgabe der Konferenz: Wir wollen nicht eine Internationale errichten, dazu ist die Zeit noch nicht reif, sondern wir wollen eine Arbeitsgemeinschaft von Parteien errichten, die sich zum Ziele gesetzt haben, ihre Arbeit intensiv einer Idee zu widmen, die das gesamte Weltproletariat umfaßt. Auf Antrag des Delegierten der Sozialisten von Serbien, Topalovic, wurde die bisherige Kommission, bestehend aus Adler, Grimm, Ledebour und Wallhead, als ständiges Präsidium bestellt.

Die Beratung der deutschen Gegenorschläge zur Wiedergutmachungsfrage.

Berlin, 22. Febr. Der für die Vorbereitung der Londoner Konferenz eingesetzte Sachverständigenunterausschuß hat heute dem Reichsminister des Innern über das bisher erzielte Ergebnis seiner Verhandlungen Bericht erstattet. Eine Redaktionskommission wird nunmehr den endgültigen Text des zu erstellenden Gutachtens feststellen. Den Abschluß werden die Beratungen in einer am Freitag stattfindenden Plenarsitzung, an der eine große Anzahl Sachverständiger aller Kreise des berufstätigen Lebens teilnehmen wird, finden.

Steigende Erwerbslosigkeit in Deutschland.

Berlin, 22. Febr. Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im Monat Januar eine weitere ganz bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335 000 auf 357 000, die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen von 410 000 auf 432 000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 457 000 auf 495 000 gestiegen. Berücksichtigt man, daß infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung erhalten, so dürften zurzeit etwa 2 Millionen Menschen in Deutschland das gewohnte Arbeitseinkommen entbehren. Hierzu tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verkürzt beschäftigten und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Teilstatistiken auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10% der deutschen Gesamtbevölkerung vollständig oder zu einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen wird.

Erfüllte Wiedergutmachungsverpflichtungen.

Man kann sich von der wirklichen und volkswirtschaftlichen Höhe der Pariser Forderungen (im Gegensatz zur toten, bloß theoretischen Zahl auf dem Papier) eine Vorstellung machen, wenn man nachrechnet, wieviel die deutsche Arbeit bisher schon dem unerfüllten Moloch des Entente-Kapitals (nicht so sehr dem Wiederaufbau) in den Rücken geworfen hat. Die Reichsregierung hat auf Grund von einwandfreien Belegen die bisher auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages erfolgten Leistungen festgestellt und in einer Denkschrift niedergelegt. Nach den sorgfältigen Berechnungen erreicht die Gesamtleistung Deutschlands an die Alliierten einen Betrag von rund 21,2 Milliarden Goldmark, also noch nicht ein Sehtel der Pariser Forderungen!

Wir haben an dieser Stelle schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Folgen dieser Auspöckerung des deutschen Volkes vor allem zwei zu tragen haben werden: die werktätige Bevölkerung, deren unschätzbare Ware allein ihre Arbeitskraft ist, und die kulturellen Einrichtungen für eben diese soziale Schicht, nämlich die Bildungs- und Kunstanstalten. Diese zunächst und scheinbar unproduktiven, d. h. hier nicht auf Verdienst absehbaren Teile des schaffenden Volkslebens werden aber nicht nur unmittelbar durch die maßlosen Abgaben an die Entente getroffen; durch die volkswirtschaftliche Eigenart der im Regierungsbericht festgestellten Abgaben nach Westen hin wird in erster Linie eben die Schaffkraft unseres Volkes fortwährend verringert. Dies hat zur Folge, daß der Wert der Ware Arbeitskraft immer tiefer sinkt, mit ihm — verhältnismäßig zum Aufwand — die Kaufkraft des werktätigen Volkes, was sich endlich wieder im Sinken seiner kulturellen Aufnahmefähigkeit äußert. Das Ergebnis von alledem ist schließlich die geistige und materielle Verkünderung.

Wenn wir auf diese Wirkung hin die bisherigen Leistungen an die Entente betrachten, sieht uns vor allem der Verlust an Wichtigsten auf, das unserer nationalen Schaffkraft erst den eigentlichen Odem einhaucht, der Kohle. Man bedenke, daß uns die ganze vor dem verbrochenen Kriege unsere Arbeit befruchtende Saarkohle entzogen ist. Denn an erster Stelle der deutschen Leistungen steht das Gulden der preussischen Bergverwaltung mit rund 200 000 Goldmark für Kohlenlieferungen an Frankreich aus den staatlichen Saarbergwerken. Und wenn Deutschland von vornherein der Kohlengruben im Saarbecken verlustig ginge, auf die Frankreich sich ein ausschließliches Ausbeutungsrecht genommen hat, tritt weiter hinzu, daß Deutschland auch das eigene Verfügungsrecht über die zweite große Kohlenquelle, über Oberschlesien, nicht mehr besitzt. Trotz dieser Wunden und Beschränkungen hat Deutschland an Frankreich, Belgien und Italien insgesamt bis zum Oktober 1920 bereits über 13 Millionen Tonnen geliefert. Ueber die Preise liegen noch keine festen Vereinbarungen vor. Es darf für die Tonne ein durchschnittlicher Wert von 50 Goldmark angenommen werden, so daß die Gesamtleistungen an Kohle die Summe von rund 650 Millionen Goldmark erreichen.

Über die Kohlenwerte besitzen ja außer dem Werte der tatsächlich geförderten und an Frankreich gelieferten Kohle noch einen eigenen „immanenten“, d. h. bis zu ihrer Erschöpfung bleibenden Produktionswert: die an die Entente abgegebenen Werte, die das Reich oder die Staaten offener mußten oder verloren haben. Zu ihnen gehört zunächst einmal der Wert des Bergwerksbesitzes an der Saar. Die Denkschrift schätzt den Wert der betriebenen Saarbergwerke einschließlich der Kohlenaufseher auf einer Wertgrundlage vom Juli 1914. Sie kommt zu einem Betrage von 483 Millionen Goldmark. Hierzu kommt der Wert von den Reservestollen des preussischen Fiskus, wo ein Gesamtkohlenvorrat des Fiskus für 50 Jahre vorliegt. Die sehr eingehenden Berechnungen kommen auf einen Wert von 558 Millionen Goldmark, so daß also der Gesamtwert des in französischer Verwaltung befindlichen Saargebietes im Juli 1914 weit über 1000 Millionen Goldmark ausmachte. Der Gesamtwert an verlorenem Reichs- und Staatseigentum erreicht rund 4,5 Milliarden Goldmark.

In anderer Form, aber für die deutsche Arbeit in ähnlicher Weise vernichtend, hat der Verlust der Handelsflotte gewirkt. Diese umfaßte vor dem Kriege rund 5,2 Millionen Bruttoregistertonnen. Sie ist heute nicht größer als 800 000 Tonnen. Darunter befinden sich nur zwei oder drei seegehende Schiffe. Die verhängnisvollen wirtschaftlichen Wirkungen dieses Verlustes sind heute noch gar nicht zu ermessen. Wir sind gezwungen, gerade jetzt in der wirtschaftlich und finanziell schwersten Zeit fremde Fracht zu nehmen und sie in fremder Währung zu bezahlen. Früher bildeten die Einnahmen aus dem Frachtverkehr der deutschen Handelsflotte

etwas sehr wertvollen Posten in der Zahlungsbilanz Deutschlands, ein Guthaben, aus dem Nahrung und Rohstoffe bezahlt werden konnten. Wenn der Regierungsbericht nun in die Rechnung einen Gegenwert von 7,3 Milliarden Goldmark einsetzt, so nennt diese Zahl lediglich den Sachwert der hauptsächlich durch Englands Konkurrenznieb verlorenen Schiffe. Nicht eingeschlossen ist in diese Verlustziffer der Entgang an Arbeitsmöglichkeit, an der Befruchtung der Schaffenslust, also aller jener sozialistischen Werte, die in ähnlichen Zahlen eben gar nicht ausdrückbar sind.

Eine ähnliche kulturelle Wirkung verbindet mit der augenblicklich zu tragenden Weltlast die Lieferung von Industriellen Maschinen und anderen Gegenständen, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete geleistet wurden. Ein Betrag, den man mit annähernd einer Milliarde Goldmark in Ansatz bringen darf.

Der Gesamtwert der nach Frankreich abgeführten lebenden Tiere beläuft sich auf 237 Millionen Goldmark, welcher Betrag wiederum nicht allein als Zahl auf dem Papier in Betracht kommt, sondern sich ebenso in der Unterernährung und Verschlechterung der geistigen und materiellen Arbeitskraft der jetzigen und künftigen Generation ausdrückt.

Im künftigen Regierungsberichte wird weiter die Wertberechnung über das abgelieferte Eisenbahnmaterial eingeleitet. Die Lieferungen an die Entente aus diesem Verpfändungskreis erreichen allein einen Wert von rund 1,6 Milliarden Mark. Weiterhin sind zu erwähnen die Lieferungen, die Deutschland schon auf Grund des Waffenstillstandes (Zerstückelung vom 16. Januar 1919) an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten an Frankreich geleistet hat. Der Gesamtwert dieser Leistungen beläuft sich auf rund 20 Millionen Goldmark.

Außerdem hat Deutschland an die wahrenungstüchtigen Alliierten bereits gewaltige Mengen von Farbstoffen und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen geliefert, insgesamt annähernd 9400 Metertonnen, die einen Wert von 238 Millionen Goldmark darstellen. Zwar haben sich Engländer und Amerikaner während des Krieges in Verlusten überboten, die Produkte der deutschen chemischen Industrie nachzuahmen, besonders pharmazeutische Präparate und die künstliche Herstellung natürlicher chemischer Stoffe (Salpetersäure). Das lebhafteste Bedürfnis aber, nach Friedensschluss wieder das deutsche Erzeugnis in die Ententeländer einzuführen, beweist wohl zur Genüge, daß die Nachahmungsbestrebungen weder an Menge noch an Güte genügen. Wir aber werden nicht erlahmen dürfen, diese Stoffe herzustellen, werden jedoch nicht dazu gelangen, unser Arbeitsprodukt dem eigenen Gebrauch zuzuführen, sondern werden es zum allergrößten Teile an die Siegerländer abführen müssen. Ein Verhältnis, das geradezu wie ein Schußbillet für den Kapitalismus überhaupt wirkt. Wie früher in Zeiten der Krise der Schuhmacher z. B. in zerlittenem Schuhwerk kriechend vor dem Schaufenster stand, in dem ein vielleicht von ihm selbst gearbeitetes Paar guter Schuhe prunkte und zum Ankauf einlud, an den der durch die Krise Arbeitslos nicht denken konnte — so etwa wird jetzt das ganze deutsche Arbeitsvolk kriechend vor dem Schaufenster der Entente stehen und zusehen, wie dort die Kulturgüter gebraucht werden, die wir geschaffen haben. Dies ist ein Fortschritt des kapitalistischen Systems zum Weltkapitalismus, in dem nicht mehr der einzelne Verbraucher den einzelnen Arbeiter, sondern ganze Kapitalgruppen (Entente), ganze Völker zu wirtschaftlichen Hebeln machen. Der „frisch-fröhliche Krieg“, das „Stahlbad der Völker“, hat die Deutschen in diese beneidenswerte Rolle versetzt.

Weiterhin sind nach dem Friedensvertrag Eisenbahn- und andere Brücken, die über den Rhein nach Elzass-Lothringen führen, in allen ihren Teilen und in ihrer ganzen Länge Eigentum des französischen Staates geworden. Der Wert beläuft sich auf 86 Millionen Goldmark. Der Wert des beschlagnahmten Eigentums der deutschen Adelsgesellschaften wird mit 85 Millionen Goldmark veranschlagt. An letzter Stelle dieser Gruppe führt die Denkschrift der Regierung die Rückzügler an, die beim Rückzug der Fronttruppen nicht mehr mitgenommen werden konnten. Insgesamt ergibt dies eine Verluste von rund 24 Milliarden Mark.

Die von der Entente dem Verfallenen Vertrag gemäß an Deutschland gelieferten Lebensmittel und Rohstoffe sind von Deutschland durch den Betrag von 2,249 Milliarden Goldmark bezahlt worden. Deutschland hat endlich für die Besatzungstruppen in den Rheinländern, für ihre Requisitionen usw. einen Gesamtbeitrag von 150 Millionen Goldmark aufgewandt. Und schließlich kommen an letzter Stelle die Kosten für die verschiedenen internationalen Kommissionen, die in Deutschland die Entlohnung, Abrechnung usw. kontrollieren. Für sie sind 49,9 Millionen Goldmark oder 409 Millionen Papiermark bis Ende November 1920 aufgewandt. Insgesamt sind also für diese drei letzten Posten 2740 Mill. Goldmark zugunsten Deutschlands zu buchen.

Und nun ermesse man an der eingangs angeführten Gesamtzahl den Verlust an nationalem Arbeitsvermögen, wenn Deutschland die in Paris geforderte Milliardensumme wirklich bezahlen sollte. Der Wahnsinn richtet sich selbst.

Die Lage in Oberschlesien.

Von Waldemar Ossowski, deutscher Abstimmungs-Kommissar für den Kreis Hindenburg O/E.

Gar manchem im Lande wird es unverständlich sein, wie es den polnischen Agitatoren möglich war, aus der ferndeutschen Provinz Oberschlesien in kurzer Zeit einen polnischen Seuchenherd zu schaffen. Uns, die wir Gelegenheit hatten, durch Jahre die Entwicklung der polnischen Bewegung zu verfolgen, kam die Sache nicht überraschend.

Die polnische Bewegung wurde ursprünglich von katholischen Geistlichen unterstützt und geleitet, nur mit der Abtötung der in den Jahren der Tätigkeit des Genossen Dr. Winter machbar anwachsenden sozialistischen Bewegung des Volkes abzugeben. Die Arbeiter liefen in Massen aus den katholischen Arbeitervereinen, weil sie sich von den Zentralsyndikaten und Industriemagnaten verraten und verkauft fühlten. Sie mußten wieder eingelassen werden. Man

gründete mit Industriekapital eine polnische Zeitung, den „Katholik“, der scharf gegen das deutsche Zentrum und die Industriemagnaten in Opposition trat und die der deutschen katholischen Kirche entlassenen Mannen bei der polnischen katholischen Kirche wieder sammelte. Kaum war ein kleiner Haufen unter polnisch-katholischer Flagge gesammelt, als auch aus der Provinz Vösten ein Zustrom von allerhand Glücksrittern erfolgte. Rechtsanwälte, Aerzte, Apotheker, Drogisten und Kaufleute überschwebten den ober-schlesischen Industriebezirk und das flache Land, und wie die Pilge schossen überall polnische Vereine und Verbindungen aus der Erde, die den Kampf aufnehmen gegen die katolischen Ostmärktevereine. Die Polizei witterte geheime Kampforganisationen, entsandte Spitzel, die, wie gerichtlich festgestellt wurde, als Lockspiegel auftraten, welche Adler und sonstige nationale Abzeichen verteilten, um dann die Teilnehmer zu denunzieren. Es regnete Gefängnisstrafen, und der polnische Spitzel tat alles, um die polnisch-sprechende ober-schlesische Bevölkerung zu verbittern. Die Partei und die Gewerkschaften versuchten Aufführung in die Arbeitermassen zu bringen, doch ein ausgeklümmtes Spionagesystem sorgte dafür, daß jedes Parteimitglied, jeder Arbeiter, der einer freien Gewerkschaft, speziell dem Bergarbeiter- oder Metallarbeiterverbande, beitrug, sofort auf die Straße gesetzt wurde, infolge schwarzer Listen im ganzen Industriegebiet keine Arbeit mehr erhielt und zur Auswanderung nach dem Westen gezwungen wurde. Welcher Geist hier herrschte, kam bei den Wahlen 1912 noch zum Ausdruck, wo der katholische Pfarrer Stomronel bei einer Zusammenkunft mit Vertretern der Großindustrie märklich ausführte: Ihnen, meine Herren, der Körper, uns die Seele! Nach diesem Rezept wurde auch stets hier regiert. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne und schlechte Behandlung sorgten für eine Abwanderung der intelligenten Arbeiter, während der Rest Kummer, Sorgen und Berger im Alkohol zu erlösen versuchte.

Der Lohntag in Oberschlesien war berüchtigt, konnte man doch an diesen Tagen hausenweise betrunkene Arbeiter auf den Straßen treffen, hohlwangige, hagere Gestalten, die nur Brot und Kaffee im Leib, 10—12 Stunden im Werk oder in der Grube zugebracht hatten und nun leicht Opfer des Alkohols wurden. Im Anfang dieses Jahrhunderts tauchten allerorts sogenannte „Volkbildungsvereine“ auf, die mit Regierungsgeldern nichts anderes als Hohenzollernkult und Volkverhummung trieben. Die Bibliotheken dieser Vereine waren alles andere, nur keine Bildungsstätten, was man doch ängstlich bemüht, jedes Wort fern zu halten, das geeignet schien, die Arbeiterschaft über die soziale Befreiung oder sonstige Rechte aufzuklären. Die sonntägliche Unterhaltung der ober-schlesischen Arbeiterschaft bestand aus dem Besuch der Kirche, einer anschließenden kleinen „Säufung“, evtl. mit Prügeln; aber nur, wenn zufällig kein Kriegervereins- oder Arbeitervereinsfest oder eine Gelegenheit zum Kirchgang mit Musik, Parade, Festzug und Gartenkonzert mit „Ball“ stattfand. Die Werksgewaltigen haben es gern, wenn „ihre“ Arbeiter abgelenkt wurden, und unterstützten kräftig alle gelben Geinagsvereine und Kriegervereine in jeder Art. Nicht nur nach Truppengattungen wurden sie geschieden, Kavallerie, Artillerie, Pioniervereine, nein, fast jedes Regiment, das irgendeinen chemischen Feldwebel als Militärwärter am Orte hatte, und derer gab es eine unheimliche Menge, gründete einen „Kameradenverein“, wo im altpreussischen Geist „gebildet“ wurde. Der Krieg fand auch hier eine begeisterte Masse, die gern gegen den „Erbfeind“ zog. Unsere braven Oberschlesier, denen allgemein das Zeugnis ausgestellt wurde, daß sie gute Soldaten seien, empfanden schimpflich die Bezeichnung als „Polacken“ oder „polnische Schweine“, wie sie leider nur zu oft von unverständigen Kommischnedern gebraucht wurde. Jetzt erinnern täglich polnische Flugblätter an die Zeit der Unterdrückung und Knechtung, an die schmachvolle Behandlung unter der preussischen Unteroffiziersherrschaft, und finden leider nur zu willige Ohren.

Getreten von den „Oberen“, waren auch die mittleren Werkbeamten im Umgang mit der Arbeiterschaft nicht fein. Der Haß der Arbeiter machte sich in den Revolutionstagen Luft. Man lud die Herren Beamten auf die Karre, fuhr sie auf die Schladenhalden und verprügelte sie derartig, daß einzelne Herren unter den Händen der Aerzte verstarben. Die wirklichen Schuldigen sahen in Sicherheit, und die Protesten im Stechragen mußten für die Fächer der hohen Herren blühen. Wie das Gebaren der Industriegewaltigen selbst von der Bürgerschaft aufgefaßt wurde, darüber gibt ein Vers eines Spätgedichtes (Verfasser ein Jurist) glänzenden Auskunft: „Necnon Westens Herrenleute finden hier kein Heimaland, Cülig rafften sie die Baute aus dem Oberschlesierland.“

Die Kommunen waren vollkommen in den Händen der „Gewaltigen“. Infolge des Dreiklassenwahlrechts ernannten sie ihnen genehme Personen in der 1. Klasse zu Stadtverordneten oder Gemeindevorstehern; in der 2. Klasse kam die sogenannte liberale Bürgerschaft zum Wort; vollkommen abhängig von der Großindustrie mußte sie nach deren Pfeife tanzen. In der 3. Klasse kandidierten die Herren Direktoren selbst, und wehe dem Arbeiter, der es wagte, den Gegenkandidaten (vom Zentrum) zu wählen. Bürgermeister und Gemeindevorsteher wurden gewählt und wieder fastgestellt, wenn sie wagten, gegen den Stachel zu lösen. Die Regierungsorgane, Landräte und Regierungspräsident, durften nicht anders als den Industrieherrn genehm war „regieren“: die Macht der Herren reichte bis nach Berlin.

Die Revolution wirkte auf die ober-schlesische Bevölkerung wie Befreiung von einem Alpdruck. Männer und Frauen drängten zu Tausenden zur Partei, hoffend, daß Ebert und Scheidemann ihnen sofort den Himmel auf Erden verschaffen, so aus Elend und Not befreien würden. Die Hege der U. S. P. führte zur Spaltung; doch wie im übrigen Reich, merkten auch sie hier am eigenen Leibe, daß sie nur Schrittmacher für die Kommunisten waren, denn alle Stürmer und Dränger wanderten zu diesen neuen Aposteln weiter. Es sind wunderliche Krüge, unsere Herren Kommunisten; zwang ein kommunistischer Verein doch sogar den Drispfarrer, ihre Vereinsjahre während des Hochanms zu weihen. Ihre Hauptanhängerchaft besteht aus ehemaligen Gelben. Die „Führer“ sind meistens Musterexemplare. Entweder sie „rürmen“, wenn ihnen infolge ihrer Hege die Franzosen auf

den Hals kommen sollen, oder sie rüden aus und vergessen die Kassenheber hier zu lassen. —

Verärgerung und die Versprechungen der Polen, die jedem Manne Haus, Hof 8 Morgen Land und das nötige Vieh versprechen, ließen einen Teil der Arbeiterschaft den polnischen Aposteln nachlaufen. Jetzt ist allgemein eine Gefühls- und massenhaft erfolgende die Verberichte zu den freien Gewerkschaften und zur alten Partei. Die freien Gewerkschaften marschieren heute mit 150 000 Mitgliedern weit an der Spitze. Die „Christen“ und „Kirche“ sind kleine Gruppen, und in den polnischen Berufsvereinigungen steht eine Massenflucht ein.

Wir können der Abstimmung mit Ruhe entgegensehen. Die Zeit arbeitet für uns. Die Polen wissen dies genau und versuchen, durch Terror die Bevölkerung einzuschüchtern. Die Veröffentlichung aller Verbrechen hat zu einer Panik unter den sogenannten Emigranten im Reich geführt. Die Furcht ist unbegründet. Als Abstimmungsberechtigten aus dem Reich werden nur in absolut sicheren Orten untergebracht und am Tage der Abstimmung unter Bedeckung nach den Landorten hin- und zurückgeschafft. Gefahr ist absolut nicht vorhanden, und es ist Pflicht aller Stimmberechtigten, zur Abstimmung zu kommen und für die Heimat einzutreten.

Die Gefahr hat unter den deutschen Parteien zum Burgfrieden geführt. Die S. P. D. ist die Leidtragende, wird ihr doch von den Schwestern zur Linken und auch von polnischer Seite „Nationalismus“ vorgeworfen. Wir haben in den Arbeitsgemeinschaften viel Dummheiten verhindern können, leider nicht alle. Den nationalen Rummel, wie er von deutsch-nationaler Seite getrieben wird, machen wir nicht mit. Wir lehnen auch die Verantwortung für alle nationalen Ausschreitungen ab, können aber nicht verhindern, wenn deutsche Arbeiter Gewalt mit Gewalt entgegnen.

Für das alte Preußentum, für Wiederehr der Herrschenschaft, werden wir keinen Arbeiter begeistern. Volkssozialisierung, Aufstellung der großen Güter, Ausbau der Errungenschaften und der Freiheiten aus der Revolution, sie sind der Schlagwurf, mit dem die S. P. D. in den Kampf zieht — gegen polnischen Imperialismus und Militarismus, gegen die Herrschaft polnischer Junker und Pfaffen!

„Schmalzpartakisten.“

In einem „Die Erziehung zur Wirtschaft“ betitelten, sehr bemerkenswerten Artikel, den die parteigenössliche „Rheinisch-Westfälische Wirtschaftskorrespondenz“ verbreitet, äußert sich Genosse Richard Woldt über seine Erfahrungen im Wahlkampf. Er stellt fest, daß bei allen Parteien die demagogische Phrasologie zugunsten einer nüchternen Einsicht in wirtschaftliche Notwendigkeiten erheblich in den Hintergrund getreten ist, und weist besonders auf die Unfähigkeit der Kommunisten hin, die verwickelten Probleme der Wirtschaft zu meistern. Daraus erklärt sich auch der bedeutend verminderte Einfluß der kommunistischen Agitation bei der Arbeiterbevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. An diese Wahrnehmung knüpft Richard Woldt die nachstehenden Schlussfolgerungen:

„Woran liegt das? Weil auch hier wieder die Wirtschaft Erfolg oder Niederlage der Führer bestimmt. Es ist möglich, durch eine schöne fortwährende Agitationsphrasologie eine politische Sonntagstimmung zu erzeugen und Wahlerfolge zu haben, auf die Dauer kann ein Politiker sich aber damit nicht halten. Und das ist der schwache Punkt für die Kommunisten auch im Westen. „Schmalzpartakisten“ nennt man jetzt schon solche radikalen Zeitgenossen, die in großen Versammlungen versprochen haben, den Kapitalismus zu vernichten. Mit ihrem Revolvermünder haben sie dann manche Redefschlacht geschlagen, sind als Betriebsräte gewählt worden, plötzlich vor die Aufgabe praktischer Arbeit gestellt, spielen sie eine sehr bescheidene Figur. Da sie mit den Dingen nicht fertig werden, da sie die wirklich wichtigen und notwendigen Funktionen als Betriebsräte nicht auszuüben imstande sind, lassen sie sich dahin schleben, Schmalz für ihre Kollegen im Betrieb abzuwiegen und Kartoffeln einzukaufen. So findet sehr häufig der versprochene „revolutionäre Kampf gegen den Kapitalismus“ nicht immer ganz rühmlich nach der persönlichen Seite sein Ende.“

Wir könnten im Westen ein ganzes Album von Silhouetten solcher Arbeiterführer herausgeben, die ausjagen, den Kapitalismus zu besiegen und sich dabei die Taschen gefüllt haben. Der „Kumpel“ merkt das bald, auf die Dauer läßt sich eben der deutsche Arbeiter nicht beschwichtigen.

Die Politik, orientiert von den drängenden Problemen des Wirtschaftslebens, muß auch für die Zukunft unsere Stärke sein. Wir müssen dem Arbeiter sagen, was wirtschaftlich möglich ist, um ihn zu erziehen, auch praktisch mit den Dingen fertig zu werden.

Der Wahlkampf ist geschlagen, kein Resultat ist der Stimmungsbarmeter des Tages, nicht mehr und nicht weniger. Das Bleibende für die Zukunft aber ist das Weiterhelfen in praktischer aufbauender Arbeit.“

Die Berechnung der Kriegsschäden.

Paris, 21. Febr. Der Sonderberichterstatler des „Matin“ meldet heute aus London die Beträge, die die einzelnen Staaten der Reparationskommission als die Höhe ihrer Schäden angegeben haben. Frankreich verlangt, wie bereits berichtet, 218,542 Milliarden Papierfranken, England 2 541 502 534 Pfund Sterling sowie 7 587 832 088 Franken, Italien 33 Milliarden Lire, 37 Milliarden Franken und 128 Millionen Pfund, Polen 23 Milliarden Goldfranken, Rumänien 31 Milliarden Goldfranken, Brasilien schätzt seine maritimen Schäden auf 1 189 000 Pfund Sterling. Belgien bringt eine Rechnung vor von 34 Milliarden belgischer Franken und 2 1/2 Milliarden französischer Franken. Für die Familien verlangt England im ganzen ungefähr 8 Milliarden Goldmark. Außerdem werden bis Rechnungen von Portugal, der Tschechoslowakei, Japan und Rumänien, die noch nachkommen, auf etwa 5 Milliarden Goldfranken veranschlagt. Der „Matin“ bemerkt, daß die ganze Abschätzung einer ziemlich konfuse Eindruck macht. (Ganz unsere Meinung. D. Red.)

Ueber Wohnungsamt und Wohnungsverfall

werden uns von Regierungsbeamten der 1. Instanz, dem Leiter des Danziger Wohnungsamtes längere Ausführungen zur Verfügung gestellt, denen wir folgendes entnehmen:

Das Preussische Wohnungsamt vom 28. März 1918 zwang alle preussischen Städte über 100 000 Einwohner zur Errichtung von Wohnungsämtern und machte auch Danzig die Einrichtung eines solchen zur Pflicht. Das genannte Gesetz ist nicht etwa überflüssig, unter dem Druck der 1918 bereits vorausgesehenen Wohnungsnot entstanden, sondern schon 1908 hat sich Finanzminister Miquel mit den Vorarbeiten befaßt. Die Ministerien des Innern, für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft, für die öffentlichen und Unterrichtsangelegenheiten versuchten dann 1904 in einer bedeutenden Rundgebung die Widerstände zu brechen, die sich der Durchführung dieses Gesetzes entgegenstimmten. Der der Öffentlichkeit 1909/10 unterbreitete Entwurf blieb bei den Vertretern der städtischen Selbstverwaltung auf Widerstand. Die vom Handelsminister Dr. Emden Januar 1914 im Abgeordnetenhaus eingebrachte Wohnungsgesetzvorlage wurde infolge des Weltkriegs erst 1917 in dritter Lesung angenommen und erlangte endlich 1918 im März Gesetzeskraft. Wir haben es also hier ganz gewiß mit einer Wohnungsnotschöpfung von bedingter Bedeutung und Lebensdauer zu tun. Allerdings hatten Bessen (1898), Baden (1907), Sachsen, Württemberg und Bayern 1901 schon lange vor Preußen durch entsprechende Gesetze die Tat der Erkenntnis folgen lassen, daß eine zentral zusammengefaßte, für die Städte von Staatswegen obligatorisch gemachte Wohnungsaufsicht, infolge der katastrophalen Entwicklung des städtischen Wohnungswesens in den letzten Jahrzehnten, eine der dringendsten Pflichten der Regierung sei. Hat man es demnach in dem preussischen Wohnungsgesetz mit einem Gesetze von bleibender Bedeutung zu tun, das in jeder Zeile den Gemeindevorständen neue Betätigungsfelder, Aufgaben und Ziele zeigt, so wird man sich logischer Weise auch daran gewöhnen müssen, in den ureigensten Rindern dieses Gesetzes, den Wohnungsämtern, die besten, soziale Einrichtungen zu sehen, deren Vorsehungsbereitigung mit dem Eintritt normaler Zustände auf dem Wohnungsmarkte nicht etwa erlischt. Vielmehr wird nicht zuletzt das Danziger Wohnungsamt mit dem Aufhören der Wohnungsnot sich erst voll den sozialen Aufgaben widmen können, für die es nach dem Sinne und Wortlaut des Gesetzes geschaffen ist. Diese Aufgaben faßt das Gesetz in folgende, schwerwiegende Sätze zusammen:

„Die Aufsicht über das Wohnungswesen ist eine Gemeindegangelegenheit. Sie liegt, unbeschadet der allgemeinen, gesetzlichen Befugnisse der Polizeibehörden, dem Gemeindevorstand ob. Er hat sich von den Zuständen im Wohnungswesen fortlaufend Kenntnis zu verschaffen, auf die Fernhaltung und Beseitigung von Mißständen sowie auf die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, namentlich der Minderbemittelten, hinzuwirken. Für Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern ist zur Durchführung der Wohnungsaufsicht ein Wohnungsamt zu errichten. Dem Wohnungsamt können von der Gemeinde andere, verwandte Aufgaben übertragen werden.“

Es dürfte in unserer ehemaligen Vaterlande wenige größere Städte geben, deren Klein- und vor allem Kleinwohnungsverhältnisse schon vor dem Kriege so zerrüttet waren, so dringend eine nach sozialen Gesichtspunkten einheitlich zusammengefaßte, behördliche Wohnungsaufsicht verlangten, wie die mittelalterliche Festungsstadt Danzig. Wenn nun gerade Danzig sich hinsichtlich am entschiedensten seiner Zeit gegen das Wohnungsgesetz wehrte, so lag der tiefere Beweggrund hierfür wahrscheinlich mehr in einer einseitigen Sorge der städtischen Selbstverwaltung, ihren Einfluß innerhalb der Stadtgrenzen durch die staatliche Mitarbeit geschmälert zu sehen.

Was der Staat im Großen durch die Zentralbehörde, soll die Stadt im Kleinen durch das Wohnungsamt erstreben. Wir lassen hier am besten den durch den deutschen Städtetag beauftragten Oberbürgermeister Dr. Mast seine 1919 im Januar ausgesprochene Ansicht wiederholen: „Das Wesen des Wohnungsamtes liegt in der Zusammenfassung. Je weiter diese geht, um so mehr entspricht das Wohnungsamt seiner Aufgabe. Letzten Endes alles in sich zu vereinen, was die Gemeinden an Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens überhaupt zu erfüllen haben.“ ... Es muß

erreicht werden, daß die Stimme des Wohnungsamtes nicht unbeschadet bleibt, und daß es von Amts wegen gehört wird, wenn hinsichtlich Mietdingen, wenn die Grundstücke der kommunalen Bodenpolitik, wenn Schaffung oder Veränderung der Bauordnung, Regelung der Baugeldschaffung, die Errichtung kommunaler Bauten, von Wohnungsämtern und dergleichen in Frage kommen. Außerdem hat das Wohnungsamt zu wirken in Wort und Schrift, durch Aufrufe, Vorträge, ständige Ausnutzung der Tagespresse, Heranziehung der Schule, Besprechungen mit Mieter- und Vermieterkreisen, damit von den Gedanken einer gefunden, nie abertretenden, aber doch ethischen und entschiedenen Wohnungspolitik allmählich alle Schichten der Gesamtbevölkerung, Hausbesitzer wie Mieter, erfüllt werden.“

Besonders mag in diesem Zusammenhang betont werden, daß also Dr. Mast, wie auch andere Autoritäten, so vor allem der Minister des Wohnungswesens, Professor Oberstadt, davon ausgehen, daß die Wohnverhältnisse unter ungünstigster Vermeidung politischer Eingriffe und Bestrafungen in erster Linie durch verständnisvolle Beratung und Ermahnung seitens der Organe des Wohnungsamtes gebessert werden sollen. In diesem Geiste arbeitet z. B. die Wohnungsinspektion in Bessen schon seit vielen Jahren mit anerkanntem Erfolge. Dort wurde man durch tatkräftiges Vorgehen auf die Art der Wohnungsbenutzung wesentlichen Einfluß zu gewinnen und ergiebt auf diese Weise Erfolge, die insbesondere in Form besserer Behandlung der Wohnung auch den Hausbesitzern zugute kommen.

Was aber Bessen als Kultur- und sozialer Aufgabe, erfolgreich und freiwillig in Angriff nahm zu Zeiten eines noch gesunden Wohnungsmarktes, dazu zwingt uns heute die Not, von der wir noch nicht wissen, welches Ausmaß sie gerade in dem noch um seine günstigste Gestaltform ringenden freistaatlichen Danzig annehmen mag. Grobzügige Pflege des ebenfalls spärlichen wie bräunigen Bestandes, namentlich an Ertagswohnungen, wurde von uns schon vor Jahresfrist als eine Aufgabe von mindestens ebenso wichtiger Bedeutung erkannt, wie der Wohnungsneubau. 800 000 Mark wurden dem Wohnungsamt für diese Zwecke im November 1920 von der Stadtverordnetenversammlung als erste Rate zur Verfügung gestellt und sind inzwischen schon für einzelne, besonders dringliche Fälle angegriffen worden. Der Wohnungsausschuß bestimmt in jedem einzelnen Falle die Bedingungen für die Verleihung des Darlehens. Die für die Vergebung solcher Darlehen maßgebenden Richtlinien sind in ständiger Zusammenarbeit mit dem Wohnungsausschuß aufgestellt worden und werden auf Grund der Erfahrungen ständig weiter vervollkommen.

Etwa 100 Mißfälle ermittelt das Wohnungsamt täglich, veranlaßt durch die bittersten Klagen von Mieter und Hauswirt. Wir schalten in diesem Zusammenhang die Tausende von Fällen reiner Wohnungsnot, hervorgerufen durch Liebesfallung, unglückliche Verwahrlosung der Wohnung usw. grundsätzlich aus. Hier interessieren uns die vielen Hunderte von Kleinwohnungen, die in der als sechsmonatiger Zwangswirtschaft so gut wie ganz sich selbst und oft rücksichtslos Mieters überlassen, heute Ruinen sind. Solcher halb verfallenen Wohnstätten, die schon heute trotz aller Not geschlossen werden müßten, kennt das Wohnungsamt im Stadtviertel mehrere Hundert, in den Außenbezirken über hundert. Die Mitglieder des Wohnungsausschusses legten von Anfang an Wert darauf, daß von dem wahren Ausmaß der Not durch eigenen Augenzeugen zu überzeugen und beschützten systematisch etwa 200 vom schleichenden Baufall bedrohte Wohnstätten, die meist, durch eine harmlose Torfahrt von der Straße zugänglich, versteckt im Innern von übergroßen Häuserblöcken liegen, Bruststätten aller menschlichen Krankheiten und Däster. Grobzügige Sanierungen nach dem Beispiel von Hamburg, Berlin, Straßburg, Stuttgart, Darmstadt, Mainz und anderen, auch kleinen Städten (siehe Bessen) durchzuführen, dazu fehlte uns früher wohl das Geld. Heute aber im Zeichen einer Not, wie sie nur vergleichbar ist dem Elend nach dem 30-jährigen Kriege, müssen wir, innerlich gewiß widerstrebend, mit allen Mitteln halten, was irgend zu erhalten ist. Es gibt eine unerschöpfliche und eine verschuldete Not. Unerschöpflich dürfen wir das über uns herabgesehene Wohnungselend nehmen, soweit wir durch unseren Verhältnissen angepaßten, Neubau rechtzeitig und nach Kräften

wenn auch mit durchaus ungenügendem Erfolge der Not zu steuern bestribt waren und sind. Schwere Schuld aber würde uns treffen, wenn wir es unterließen, das an sich nicht hin- und herreichende, vorhandene Dach, das uns Ladau und Schutz gewährt soll, mit allen Mitteln zu erhalten und zu pflegen. Manche ist früher infolge des fehlens weitgehender, sozial angeregter Wohnungsaufsicht verfallend worden. Die Not nahm uns auch hier die Hände von den Augen. Die menschlichen Behausungen sind zu spärlich geworden, um in ihrem Bestand gefährdender Weise, noch weiter nur als Spekulationsobjekte mißbraucht zu werden. Wer sein noch brauchbares Haus nur unter dem Gesichtswinkel des Abbruchs erwacht, wird sich gedulden und unter Umständen davon gewöhnen müssen, daß er falsch spekuliert hat. Die sorgfältige bauliche Pflege des vorhandenen Wohnungsbestandes ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen unserer Volkswirtschaft. Wohnungsamt und Wohnungsaufsicht sehen eine ihrer Hauptaufgaben darin, dem Verfall der Wohnungen nicht nur durch Verbote und dem Hausbesitz zugewandte, Särten zu steuern, sondern an Bereinigung von Mitteln in Form von kleinen Beihilfen und Darlehen. In der Mieterenschaft aber wird die Wohnungsaufsicht das Gefühl und die Mitverantwortlichkeit zu wecken und zu fördern haben für die unerschöpflichen Werte, die für die Volkswirtschaft und das Staatswohl in dem vorhandenen Wohnungsbestande heute enthalten sind. Bösem Willen auf beiden Seiten wird der behördliche Zwang zubegegnen haben.

Eine Wohnungsaufsichtsbehörde, die ihre Aufgabe nur von der negativen Seite, lediglich durch Unterdrückung der schlechten Wohnungen ansieht, ohne für gute zu sorgen und die noch brauchbaren nach Möglichkeit zu erhalten, gibt der bestehenden Bevölkerung keine Hilfe. Wir schließen mit den Worten, die der Direktor des Berliner Wohnungsamtes Dr. Saporte 1917 aus dem Felde schrieb zwecks Kennzeichnung des Verhältnisses zwischen Bauwesen und Wohnungsaufsicht: ... Das wichtigste Gut, über das ein Staat verfügt, besteht in seinen Menschen. Sie in einem Zustand zu verlegen, der ihrer Würde und seelischen Gesundheit nachteilig ist, muß als eine Hauptaufgabe der Staatsleitung betrachtet werden.“

Danziger Nachrichten.

Gegen die Lasten des Spudens und Rauchens in Bahnhöfen

wendet sich folgende Zuschrift, die wir in anderen Partei-Zeitungen finden und die auch bei uns Beachtung verdient:

Mancher hält es jetzt in der elektrischen Bahn, in der Eisenbahn, im Gedränge gar nicht mehr für notwendig, beim Gehen die Hand vor den Mund zu halten, man hustet ruhig den Vordermann oder den Nachbarn an und füllt sich in seinem Rechte getränkt, wenn der sich das verbittet. Das Spucken und Rauchen in den Bahnhöfen ist für viele auch nur so ein Geläch der Behörden und ein Eingriff in die Freiheitsrechte. Merkt man, daß es der Nachbar abel aufnimmt, dann tut man es erst recht, um darzulegen, daß darin, wie jeder sich räuspert und wie jeder spuckt, niemand etwas dreingeredet hat. In den Eisenbahnhöfen für Nichtraucher kann man sich um das Rauchverbot gar nicht kümmern, da zündet man sich ruhig die Pfeife oder Zigarre an; wenn einer der Nichtraucher es wagt, darauf hinzuweisen, daß man ja im Mittel für Nichtraucher sich befindet, wird erst recht darauf losgepöfft. Da fahren Kranke in Geleisen und Kurorte, zur Kräftigung ihrer Dünge, halten strenge Kur, dürfen selbst nicht rauchen, aber die Pfeife in die Anstalt und die Pfeife aus der Anstalt müssen sie zu mit dichtstem Rauch erfüllten Wagen zurücklegen.

Es wäre wohl an der Zeit, daß allerseits von den Behörden und der Öffentlichkeit, unterstützt von den Vorständen aller Klassen und Berufe ernsthaft darauf hingewirkt wird, daß das Rauch- und Spuckenverbot wieder streng beachtet wird. Derjenige, der die sogenannte Freiheit zum Vorwand, zum Bedauern, heranzieht, um für Raucher, für Rücksichtslosigkeit gegen den Nebenmenschen und Nichtachtung der Gebote der Hygiene, verständigt sich an der Allgemeinheit.

Wer ist Eigentümer? Nachfolgende Gegenstände sind beschlagnahmt worden, die brennlich aus Diebstählen während des Re-

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Linden.

(Fortsetzung.)

Es war ein sehr frühliches Mahl. Daß es bei demselben auch nicht an schmerzhaften Lieberaussetzungen fehlte, dafür sorgten die beiden Breslauer Kollegen des Bräutigams, die das Fest in der heitersten Laune verschönerten. Als der Wagen des Maurermeisters vor der Tür hielt, um das junge Ehepaar zur Bahnhofsstation zu bringen, nahm das junge Brautpaar tief ergriffen Abschied von den übrigen. Ihre Augen standen voll Tränen, als Theodor sie aber mit so inniger Liebe ansah, flog es wie Sonnenstrahlen über ihr Gesicht.

Die Breslauer Herren waren sehr überrascht, als Mutter Birner einem jeden ein Kiesenpaket Kuchen und Braten für die Kinder einhändigte, aber sie nahmen es nicht an.

Bertel nahm ihren mächtigen Rosenstrauch und den Händling mit in das neue Heim. Während der Reise hatte sie mit dem Trennungsschmerz zu kämpfen. Der Abschied von ihrer alten Mutter ging ihr sehr zu Herzen.

Theodor ehrte ihren Schmerz. Sanft und liebevoll bemühte er sich, sie zu trösten und sie von ihren traurigen Gedanken abzulenken.

Mitternacht war schon lange vorüber, als die Neudermählten in ihrem Heim anlangten. Wer beschrieb die Freude der jungen Frau, als sie die Wohnung auf das sauberste und schönste hergerichtet fand! Sie umarmte ihren Gatten und sagte glückselig:

„So sorgst du für die Liebe!“

„Und so soll die Liebe immer für dich sorgen, geliebte Frau,“ erwiderte Theodor. „Wenn die Welt rau und kalt ist, hier werde ich Frieden und Sonnenchein finden. Ist draußen Kampf und Streit, hier finde ich Ruhe, Frieden und Glück!“

Am folgenden Tage war Sonntag. Der Ehemann benutzte seine freie Zeit dazu, um seiner Gattin bei dem Auspacken der Lebensmittel und der Hochzeitsgeschenke behilflich zu sein. Mutter Birner hatte der jungen Frau so viel von dem Hochzeitschmaus mitgegeben, daß sie während der ersten Tage nur zu wärmenden brauchte.

Nach Tisch führte Theodor seine junge Gattin durch das Häusermeer, das wiederum einen geradezu bedrückenden Eindruck auf sie machte. An der Pracht der Schaufenster konnte sich Frau Gisbert kaum satt sehen, besonders ungern trennte sie sich von den Auslagen der Modewarenengeschäfte. Sie nahm mit den Augen die neuesten Schnittmuster ab und war so vollständig in ihrem Element, daß Gisbert lachend sagte:

„Bertel, du bist ja mit Geld und Seele Schneiderin! Aber nun komm mein Schatz! Ich habe die ganze Woche über nicht Zeit, ins Freie zu gehen. Ich werde dich in den Scheitniger Park führen. Ein Atemzug frische Luft wird uns gut tun, und eine Tasse Kaffee werden wir beide nach dem langen Marsch nicht verachten!“

In dem Scheitniger Park waren so viel gepuhte Damen anwesend, daß Bertel sich zwei Paar Augen wünschte. Erst als die frühe Dunkelheit hereinbrach, gingen die Glücklichen heim.

Wie traulich war es in dem behaglichen Zimmer bei dem hellen Schein der Lampe! Wie trefflich mundete das kräftige Randbrat, die frische Butter, der saftige Schinken! Und wie lächelte er sich dann losen!

„Ach, daß sie ewig grünen blühe, Die schöne Zeit der ersten Liebe!“

Als die ersten Tage vergangen waren, blieben Bertel täglich mehrere freie Stunden. Da Theodor es nicht duldete, daß sich seine junge Frau aus einem Geschäft schlecht bezahlte Arbeit holte, wollte Verta ihre Bildung durch die Lektüre guter Bücher vervollkommen, aber kaum hatten es die andern Frauen im Hause erfahren, daß die neue Mieterin Schneiderin war, so flossen sie von Bewunderbarkeit gegen sie über, und Frau Bunte, die zwar einen großen Geldbeutel, aber einen noch größeren Geiz besaß, erschien bei Bertel und sagte mit ihrem eintönigsten Vokale:

„Gelt, junge Frau, wir sind ja Nachbarninnen, da sind Sie schon so gut, und wenden mir das Kleidchen noch mal! Es ist zwar bereits zweimal gewendet, aber es verlohnt sich noch.“

„Gelt, das Kleid noch auf seine Haltbarkeit prüfen konnte, klingelte es zum zweiten Male. Wiederum erschien eine Hausbewohnerin, die ein Knielegen an Frau Gisbert hatte. Es war Frau

Siedmann, eine unbemittelte Frau, die sich mühsam durch die Arbeit ihrer Hände ernährte. Sie sagte sehr bescheiden:

„Entschuldigen Sie mir, Frau Gisbert, daß ich Ihre ... Ich habe nämlich schon vor zwei Jahren diesen Kleiderstoff hier gekauft bekommen, aber es hat mir immer am besten gefallen. Kann habe ich soviel bekommen, und da wollte ich Sie bitten, mir ein Kleid zu machen.“

Berta griff nach der Elle, die einst ihr Großvater angefertigt hatte, und maß den Stoff nach, dann sagte sie bedenklich:

„Es ist gar sehr knapp, Frau Siedmann!“

„In jeder da muß das Kleid halt a wing enger werden,“ erwiderte die neue Kundin. „Was die Herrschaften so zu Weihnachten schenken, das recht mitunter nicht so recht.“

„Geben Sie in dem andern Viertel die Zutaten?“ fragte Bertel.

„Ach, da habe ich eine Menge Stoff drinn,“ entgegnete Frau Siedmann. „Ich bin doch in einem großen Posamentiergeschäft auf-täumen und bei der Inventur da krieg ich immer einen Haufen solch Zeug. Ich hab gedacht, Sie können vielleicht etwas zum Befehl verwenden.“

Frau Gisbert öffnete das Paket und war über die Menge Stoffe, Spitzen und Einsätze, die es enthielt, erstaunt.

„Das ist ein anderes Ding!“ sagte sie sehr bestrebt. „Wenn ich von dem Kleiderstoff nichts zum Befehl nehmen darf, dann kann ich Ihnen ein sehr schönes Kleid anfertigen. Wie soll ich es denn machen?“

„So einfach, wie nur möglich, daß es nicht viel kostet,“ sagte Frau Siedmann, „und das Zeug, das übrig bleibt, sie wies auf die Karten und Besätze, das Zeug behalten Sie nur. Ich krieg wieder neue Sachen, denn sie machen bald wieder Inventur.“

Frau Gisbert musterte die Besätze mit Rennerblicken und sagte dann: „Gut dann berechne ich Ihnen nur die Auslagen und kein Arbeitslohn!“

„Futter, Seide, Garn, Gestel und was Sie sonst brauchen, schenkt mir die Madame,“ entgegnete Frau Siedmann. „Das hat sie mir versprochen.“

„Wenn Sie mir alle Zutaten bringen, soll Sie das Kleid keinen Pfennig kosten,“ erklärte Frau Siedmann stolz.

Der Aufschwung des Privatkapitalismus in Sowjetrußland.

D.L. In der Moskauer „Pravda“ vom 4. Febr. schreibt B. Frumkin in einem „Die Wurzeln der Spekulation“ über...

Stageliebhaber ist dazu herzlich eingeladen. Am den nächsten...

Aus den Gerichtssälen.

Der Beschlagnahme im Drogen. Der dem Schöffengericht...

Post-Abonnenten Damit die regelmäßige Zustellung der „Danziger Volksstimme“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet...

Schlafwagen und wollten hier 400 Meter Seidenstoff aus Aresch...

Verleitung infolge eines Mißverständnisses. Der städtische...

Kollektionstage 1918 hervörheben dürfen: 1. Schwa Albernes...

Neues Operettentheater. Am kommenden Freitag geht zum...

Alte Volkshochschule. Nachdem die Kurse in der vergangenen...

Alte. Den Freitag den 25. d. Woch., ab kommen zur...

Veranstaltungen.

Die Ringkämpfe im Seelstheater boten am gestrigen Abend...

Bereine, Versammlungen.

Der Ornithologische und Geflügelzuchtverein Danzig hielt am...

Günstigste Reisegelegenheit nach Deutschland an Bord des Lloyd dampfers „Vorwärts“

2876 Ab Danzig jeden Mittwoch u. Sonnabend vorm. 10.30 Uhr. Ab Zoppot (nur bei günstigem Wetter) vorm. 11.30 Uhr. Ab Swinemünde Extrazüge nach Berlin.

„Da machen Sie es mit mir auch recht billig.“ bettete die...

Die Jahre vergingen dem jungen Ehepaar in ungestörtem...

Friedenau zu begleiten, aber die Baroness entgegnete sehr...

„Ich verheire mich niemand“, versetzte Engelberta, „aber ich...

„Ich habe an allen Gliedern wie Eisenlaub gezittert. Ich...

Engelberta hatte das Leben erzogen. Sie behielt immer eine...

Danziger Nachrichten.

Die Bekämpfung des Mädchenhandels.

Man schreibt uns: Seit dem März 1920 geht über Danzig ein Auswandererverkehr, daß es der Stadtverwaltung unter Zuhilfenahme des Gefangenenerziehers am Trost nur schwer gelang, einen Aufbruch zu bewerkstelligen. Der jugendliche und weitgehende Vorbereitung bedurfte hätte. Seit Jahresfrist sind circa 100.000 Personen durch das Auswandererlager gegangen und Danzig ist damit in die Reihe der bedeutendsten Auswandererhäfen getreten. Die Triest, Havre und Rotterdam zählt es zu denen, in denen die Zahl der auswandernden Frauen und Kinder die der Männer übertrifft. In Danzig sind es 60 Prozent der Auswanderer überhaupt. Während zu Anfang der Auswanderung im März 1920 66 Prozent der Auswanderer jüdische Personen waren, so hat sich diese Erscheinung geändert. Die Anteilnahme der jüdischen Auswanderer fiel später auf 70 Prozent, stieg dann wieder auf 80 Prozent und beträgt jetzt nur noch 60 Prozent. Galizien und Kongreholn liefern fast ausschließlich die Auswandernden. Seit Danzig Auswandererhafen geworden ist, hat es sein Augenmerk auf die Gefahren und Abwehrmaßnahmen zu richten, die mit einer starken Auswanderung von weiblichen Personen verbunden sind, und da kommt in erster Linie der Mädchenhandel in Betracht. Bis zum Kriege gab es hauptsächlich Ueberseehandel, der fast ausschließlich nach Argentinien führte. Nach dem Kriege ist darin eine Veränderung zu verzeichnen. Durch den Nachdruck und die hohen Kosten der Ueberfahrt, die von 100 auf circa 7000 Mark gestiegen sind, erwarfen die Mädchenhändler ungeheure Schwierigkeiten und an die Stelle des Ueberseehandels ist zum Teil der kontinentale Handel getreten. Das Verschwinden vieler junger Mädchen in Danzig sowohl wie im Deutschen Reich führt auf Mädchenhandel schließen, der seine Wurzeln nach Belgien und Frankreich ablegt. Für die schwarze Besorgung der Entente werden dort Bordelle mit weißen Mädchen unterhalten. Der Bekämpfung des Mädchenhandels gleichzustellen ist die Bekämpfung der Bordelle. Das Deutsche Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels nimmt neuerdings seine Arbeiten wieder auf und versucht in allen Auswandererhäfen, vor allen Dingen in den Frauenkreisen, Mitarbeiterinnen zu gewinnen. Für die Bekämpfung des Ueberseehandels müssen mit dem Auslande die internationalen Beziehungen wieder angeknüpft werden. In den Häfen selbst müssen Hafenwachposten angelegt werden, die, wie die Bahnhofsmission, ihre Tätigkeit bei Einlaufen der Auswandererschiffe ausüben haben. In den Auswandererlagern und Häfen müssen Fürsorgerinnen angestellt werden, um die Auswandernden zu beraten und die Aufklärung durch Plakate und Flugblätter auch in geeigneter und ausreichender Weise einzuflehen. Der Vorsitzende des deutschen Nationalkomitees, Pirrerer Hoppe-Berlin, wird in einem Vortrag am Sonntag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der alten Petri-Schule, Eingang Gertrudengasse auf die Gefahren und die Bekämpfung des Mädchenhandels eingehen und die vorzunehmenden Maßnahmen erörtern.

Zwei zurückgezogene Erlasse der Danziger polnischen Eisenbahn-Direktion.

Der Präsident der in Danzig diensttuenden Pommerellen Eisenbahndirektion, Herr Czarnowski, hatte im Amtsblatt „Dziennik Rozporządzeń“ zwei Aufträge zur Abfertigung in Oberschlesien veröffentlicht, die unerhörte Verletzungen gegen die Deutschen enthalten und den irrtümlichen Anschein erwecken, als ob in Danzig eine besondere polnische Eisenbahnbehörde bestünde. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter im Direktionsbezirk Danzig hat daraufhin an den Senat der Freien Stadt Danzig und an den Präsidenten und die Parteien des Volkstages einen Protest gerichtet, in dem verlangt wird, daß diesem Treiben einer so gräßlichen Verletzung des Gastrechts ein Ende gemacht werde. Der Senat hat daraufhin eine Beschwerde an den Oberkommissar Hasing gerichtet und ihn auf die Unzulässigkeit der Errichtung amtlicher polnischer Behörden, wie beispielsweise einer „Rechtskommission“, in Danzig hingewiesen.

Nunmehr meldet die „Poinische Telegraphenagentur“, daß das in polnischer Sprache gedruckte und in Danzig herausgegebene Amtsblatt ausschließlich für die polnischen Eisenbahnämter in Pommerellen bestimmt und an solche versandt worden ist. Um aber trotzdem einen Beweis dafür zu

Danziger Stadttheater.

„Carmen“.

In der Titelpartie stellte sich gestern abend Margarethe Neff vom Stadttheater Bielefeld den Danzigern vor und hinterließ einen ungemein günstigen Eindruck, den sie in erster Linie der ungemein fesselnden mündlichen Leistung zuschreiben konnte. Ihre Carmen, nirgend übertemperamentvoll und völlig frei von allem Dirnenhaften, war etwas wie eine Pantertage, gluttoll verhalten und raffig. Was sein, daß die Spanierinnen feuriger, genußwilder sind, aber diese Mäßigkeit im Verwenden starker Farben und die strenge Konsequenz in der Durchführung dieser Auffassung sprechen für die künstlerische Kultur der Probegastin. Gesanglich war ihre Leistung nicht immer schlackenrein, doch weiß auch der Nichtfänger, was unter den heutigen Verhältnissen eine weite Reife für den Körper bedeutet, zumal wenn er nicht hinreichend Gelegenheit zur Ruhe hat. Im übrigen ist ihr Organ, dessen Tiefen gestern nicht recht zur Geltung kamen, wohlgebildet, der Ton gesund und frei und die Aussprache ausgezeichnet. Ob Margarethe Neff das Fach der ersten Altistin bei uns auszufüllen imstande ist, mühten Gastspiele erbringen, die ihrer Stimme mehr Gelegenheit zur Entfaltung bieten als das der Carmen. Doch lediglich danach zu urteilen, wäre ihre Anstellung entschieden ein Gewinn für unsere Oper.

Die Micaela sang gestern Paula Maria Neugele recht hübsch und ansprechend und sah zudem ganz entzückend aus.

Niederabend von Claire Dug.

Der gestrige Nieder- und Ariensabend von Claire Dug bot einen hohen, fast ungetrübten künstlerischen Genuß. Es ist geradezu fabelhaft, wie vollkommen die Künstlerin heute noch immer im Besitz und in der spleisenden Beherrschung ihrer Stimm-Mittel ist. Der kristallklare, glöckenhelle Sopran zeigt noch nicht die leisesten Spuren von Verblüththeit, der Tonansatz ist von sauberster Exaktheit, die gesungene Technik von perlender Leichtigkeit und die Vortragsart von einer Un-

geben, wie weit der Gedanke, die guten Beziehungen mit der Freien Stadt Danzig zu trüben, der Eisenbahndirektion entfernt war, hat diese Direktion die Zurückziehung des erwähnten Amtsblattes „Dziennik Rozporządzeń“ verfügt.

Für Steuer der Wehrmacht erscheint es uns notwendig, daß noch folgende Feststellung über den bekannten Ueberseehandelweg in die Öffentlichkeit finden. Der Bevölkerung von Danzig ist durch die bürgerliche Presse wiederholt, letzteres auch wieder durch die „D. N.“, mitgeteilt worden, daß es besonders die Verfertigung gewesen wäre, die das Wohl der Arbeiter und Angestellten gegen die Jewelowski-Rahnschen Verwerfungsmethoden verteidigt hätte. Diese Behauptung muß als eine glatte Unwahrheit bezeichnet werden. Der damalige Oberverwaltungs-Rahms, Sekretär Rahms und sämtliche im Dienst befindlichen Ressortdirektoren, waren vielmehr für die Verwertung und folgten auch den entsprechenden Anordnungen des Oberverwalters. Der Arbeiterrat hatte die Verwertungs-Verträge gegen den Willen der Verwaltung auf 10 Tage gelockert. Als diese Zeit abgelaufen war, ordnete der Arbeiterrat erneut an, daß die Sperrtüren weiter geschlossen bleibe, um der Werft das Material zu erhalten. Hiergegen lehnte sich Admiral Rößing auf und berief, wahrscheinlich nach vorheriger Rücksprache mit Rahm, die „historische“ Sitzung, in der dieser dann seine Ausschließungs- resp. Provisionsansprüche geltend machte. Nach den Ausschließungen des Admirals Rößing, Jewelowski und Rahms war es ein Arbeiterratsmitglied, das erklärte: Nachdem die Herren der Verwertungs-Gesellschaft noch mehr Materialien und Inventarien aus den Beständen der Werft haben wollen und Admiral Rößing ihnen eine entsprechende Zulage gegeben hat, wird der Arbeiterrat dafür sorgen, daß weder ein Pfennig noch eine Stange Eisen herausgegeben wird. Da die Arbeitslosigkeit durch die Herausgabe von Material vergrößert wird, muß diese unter allen Umständen vermieden werden. Trotz dieser Erklärung ordnete Rößing jedoch an, daß die Ressortdirektoren die Bestände prüfen und den Herren (Jewelowski-Rahm) zur Verfügung stellen sollten. Tatsächlich wurden dann auch diesen großen Mengen Material zur Verfügung freigegeben. Der Arbeiterrat blieb jedoch standhaft und verweigerte die Auslieferung, so daß die Waggons wieder leer von der Werft herunter befördert wurden.

Als nicht die Werftleitung und ihre Deponenten verhindern die Arbeitslosigkeit der Angestellten und Arbeiter, sondern der Arbeiterrat, und es kommt ihm das Verdienst zu, daß er die Interessen der Arbeiter der Werft, wie auch der gesamten Bevölkerung gegen die profitorientierten Ausverkaufbestrebungen vertreten hat.

Für acht deutschpölnischen Geldentart über die wir in der Donnerstag-Ausgabe unserer Zeitung berichtet haben, erhalten wir vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband eine Verurteilung. In dieser teilt derselbe mit, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband nicht Veranstalter des betreffenden Abends gewesen wäre, sondern ihn nur Eintrittskarten für diesen Abend zur Verfügung gestellt wurden. Wir haben zwar nicht mit Sicherheit feststellen können, von welcher Seite die Veranstaltung ausging, auf der sich die geschilderte Ausweisung jüdischer Besucher zugetragen hat. Von mehreren Seiten ist uns jedoch auch wieder ausdrücklich bestätigt worden, daß die Karten von Vertrauensmännern des D. S. W. und zwar als solche für eine Veranstaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes vertrieben worden sind, so daß die Käufer zu gar keiner anderen Auffassung kommen konnten, als daß es sich um eine Veranstaltung des D. S. W. handele. Im übrigen befreit die Verurteilung des D. S. W. den geschilderten Vorgang selbst in keiner Weise, so daß unsere Ausführungen im allgemeinen voll aufrecht erhalten werden können. Zweifellos trägt auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband die Verantwortung für den geschilderten Vorgang, da die davon betroffenen beiden weiblichen Besucher den Abend nicht besucht hätten, wenn sie unterrichtet gewesen wären, daß der D. S. W. bei dem Kartenvertrieb nur als Deckname zu wirken ist.

Keine freistaatliche Milchzufuhr aus Westpreußen. Von der Reichsstelle des Oberpräsidiums in Königsberg wird laut W. L. W. geschrieben: In verschiedenen Zeitungsberichten ist behauptet worden, daß in Marienburg und Umgebung deshalb großer Mangel an Milch herrsche, weil aus den westpreussischen Kreisen noch immer erhebliche Mengen frischer Milch nach Danzig als ins Ausland geliefert werden. Diese Behauptung ist unzutreffend. Schon seit Beginn der Wintermonate ist die Milchlieferung aus den westpreussischen Kreisen in das Freistaatgebiet eingestellt worden. Die Milchknappheit ist deshalb auf solche Auslandslieferungen nicht zurückzuführen.

mut und Lieblichkeit, die ich — man verzeihe den Saftschäusdruck — als schlechtweg entzückend bezeichnen möchte. Gegenüber diesen Vorzügen, die sich so leicht nicht wieder finden lassen dürften, fallen kleine Mängel, wie ein stellenweises leichtes Tremolo und einige matte, klanglose Töne in der tiefen Lage, denen aber eine blendend strahlende Höhe gegenübersteht, kaum ins Gewicht. Nur daß die Künstlerin gelegentlich ihre gesungene Kultur ein wenig vernachlässigt, soll ihr über vermerkt werden, denn das Danziger Publikum darf billigerweise den gleichen kritischen Maßstab anlegen wie die anspruchsvollste Berliner Kunstkennerschaft.

Die beiden Arien von Mozart und Verdi, die die Künstlerin an den Anfang und Schluß ihres reichlich krausen Programms gestellt hatte, schienen ihrer in ihrem Gehalt nicht sonderlich gut zu liegen und gerieten deshalb etwas kühl. Aber gleich bei Schubert kamen die bezaubernden Reize ihrer lyrischen Kleinkunst voll zur Geltung, und die verschlossene Tragik von „Gretchen am Spinnrad“ und die gottergebene Anbrunst des „Ave Maria“ vermachten den Hörer wahrhaft zu erschüttern. Ausgezeichnet gelangen der Künstlerin auch die großen technischen Schwierigkeiten und die dramatische Kraft und Größe der beiden nicht oft gehörten, weil schwer zu bewältigenden Lieder „Wo weilt er?“ und „Bist du“ von Liszt.

Für die beiden leichteren Lieder von Jensen nach Legten von Paul Heyse hätte ich mir lieber etwas von Hugo Wolf, etwa „Das verlassene Mädchen“, gewünscht, freilich nicht in der reichlich saloppen Vortragsart, in der Claire Dug nach Abwicklung ihres Programms noch das „Eisenlied“ sang. Im ganzen ließ sie sich drei Zugaben abtrotzen, außer dem genannten „Eisenlied“ noch „Ich höre ein Bächlein rauschen“ von Schubert und ein drittes Lied, das ich nicht mehr hörte. Die stürmischen Beifallsstürmungen des Publikums waren gewiß wohlverdient, aber die Unbeherrschtheit, mit der die Zuhörer immer weitere Programmverlängerungen erzwangen, wirkte doch wenig erfreulich.

Die Klavierbegleitung übte Magda Siemens geschmackvoll, dezent und voll schmiegsamster Anpassung aus. Bz.

Die Aushebung des Militärschulungsbefehls für März 1921 erfolgt am 24. und 25. Februar im Oberpostamt und zwar in der auf den ausgegebenen Merkzetteln angegebenen Zeit. Gleichzeitig ist die amtlich beglaubigte Lebensbeschreibung einzureichen. Das Nähere ist aus den bei dem Postamt befindlichen Ausschüssen und Hinweisen zu erfahren.

Die Aushebung der Jahressteuer, Einkommen, Waisen- u. Mindererfolgt am 1. und 2. März 1921 gleichzeitig im Oberpostamt und zwar ebenfalls nur in der auf den ausgegebenen Merkzetteln angegebenen Zeit.

Polizeibericht vom 23. Februar 1921. Verhaftet: 19 Personen, darunter 5 wegen Diebstahls, 1 wegen Unberuflichkeit, 1 wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung, 1 wegen Trunkenheit und groben Unfugs, 1 zur Festnahme aufgehoben und 9 in Vollgehaft, Cdbachlos: 1 Person.

Im Marienburger Grenzrevier werden mit Ablauf dieses Monats die nach Abzug der italienischen Truppen im Verlehrs gewordenen großen Personalabteilungen mit Absicht angelegt. An deren Stelle treten dann kleine, von den Sanitätsämtern dieser Art jeweils der Grenze ausgestellt Heilspässe, deren Ausstellung 4.30 M. kostet.

Der Bau der Eisenbahn Kolbaken—Bielingen ist vom Sejm in allen drei Lesungen beschlossen. Diese Bahn soll eine Verbindung der pommerellen Eisenbahnlinie mit dem polnischen Grenzrevier Danzig herstellen.

S. P. D. Parteinachrichten.

Offen. Die Sozialdemokratische Parteiliste tritt zu Donnerstag, den 24. Februar, 7 Uhr abends bei Jagge eine öffentliche Volksversammlung ein. Über das Thema: Ein Jahr Freistaatpolitik sprechen Genosse Bohn und Genossin Toni Wohlgemut. Die Anhänger unserer Partei werden am vollständigen Erscheinen erlucht.

Beim Arbeiter-Jugend Danzig. Heute, Mittwoch abends 7 Uhr findet im neuen Jugendheim ein Heimabend statt. Das neue Jugendheim befindet sich in der Reiterkaserne, Weidengasse, II. Stock, Zimmer 81. Alle Freundinnen und Freunde sind zum vollständigen Besuch herzlich eingeladen.

Aus den Gerichtssälen.

Die Schadenersatzpflicht der Eisenbahnverwaltung. Das Obergericht hat über die Frage zu entscheiden, wie der Schaden zu beschreiben ist, für den die Eisenbahnverwaltung bei Verlust der Ware auszukommen hat. Ein Danziger Kaufmann hatte bei einer Warensendung mit der Eisenbahn Verlust. Er beantragte bei der Eisenbahndirektion Schadenersatz. Zu diesem Zweck legte er die Rechnung des Lieferanten vor, auf der jedoch der Rabatt gestrichen war. Dadurch wurde der Anspruch auf Schadenersatz vergrößert. Die Verurteilungskammer verurteilte den Kaufmann wegen Betruges zu 1000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte legte gegen das Urteil Berufung ein und machte geltend, daß der Rabatt ein Erlös für frühere Verluste bei der Straftat sein sollte. Das Obergericht hob das Urteil der Strafkammer auf und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurück. In der Begründung des Strafsenats heißt es u. a.: In dem Urteil der Strafkammer wird gesagt, daß der Angeklagte auf den Rabatt keinen Rechtsanspruch habe. Hierbei hat die Strafkammer die zur Feststellung der Rechtsinridigkeit des erstrebten Vermögensvorteils erforderliche Prüfung der zivilrechtlichen Ansprüche unterlassen. Offenbar wäre übersehen, daß nach § 467 S. 1. B. O. und § 88 S. 1. B. O. der durch den Verlust eines Gutes auf der Eisenbahn Geschädigte in erster Stelle einen Anspruch auf Ersatz des „gemeinen Handelswertes“ der Ware besitzt. Für die Bemessung des gemeinen Handelswertes kommt auch die dem Empfänger zugestellte Rechnung in Betracht und handelsüblich findet offenbar der gemeine Handelswert in dem Fakturenbetrag ohne Rücksicht auf die nach individuellen Gesichtspunkten gewährten Rabatten und Rabatts keinen Ausdruck. Andererseits steht dem Geschädigten gegen die Eisenbahn ein Anspruch auf Ersatz seines vollen Schadens zu, wenn der Eisenbahn Verschuldung oder Fahrlässigkeit zur Last fällt. Ob dies im vorliegenden Falle zutrifft und ob in einem solchen Falle der Geschädigte seinen Schaden unter Zugrundelegung des gemeinen Handelswertes mit einem prozentualen Zuschlag für den entgangenen Gewinn berechnen kann, oder ob es hierzu einer die individuellen Verhältnisse genau bezeichnenden Schadenersatzrechnung bedarf, ist eine Frage des Zivilrechts, die nur nach den bezüglichen Umständen beantwortet werden kann.

Kontenbande mit Spiritus. Der Gastwirt Ernst Ziemer in Malin führte aus Pommerellen über die Grenze ohne Genehmigung im Wege des Schmuggels Spiritus ein und zwar einmal 400 Liter, das andere mal 640 Liter. Er hatte sich nun vor dem Schöffengericht zu verantworten. Wegen Kontenbande in zwei Fällen wurde er zu 6 Wochen Gefängnis, 100.000 Mark Geldstrafe und Einziehung des Spiritus verurteilt.

Verhafteter Schauspielerdiebstahl. Der Arbeiter Andreas Th. in Danzig verurteilte ein Schauspieler zu bestrafen. Er gestohlen das Glas und bemäht sich eine Uhr herauszuholen. Dabei wurde er ergriffen. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis wegen Einbruchdiebstahls.

Filmschau.

Lichtbild-Theater Langenmarkt. Der Epilodenfilm „Die Mächte des Dittes“ gehört einer besonderen Klasse der Filme an. Die 1. Episode „Der Tod in Buedig“, dem die verbrecherischen Taten eines französischen Kriminologen zugrunde liegen, nimmt seinen Anfang auf dem Ozean, um dann in Frankreich und in schönen Stellen seinen Abschluß zu finden. Der Film ist, ohne ein Kriminallfilm zu sein, reich an spannenden Momenten. Einen Abschluß und die Klärung der Verhältnisse bringt die 1. Episode nicht. Ein Lustspiel „Ein Königreich für ein Kind“ vervollständigt das Programm. W.-f.

Standesamt vom 23. Februar 1921.

Todesfälle: Hausdiener Eugen Worm, 58 J. 1 M. — Schuhmacher Friedrich Treber, 26 J. 9 M. — Kaufmann Salomon Rosenbaum, 66 J. 2 M. — Friseur Willy Müller, 26 J. 8 M. — Frau Marie Soumer geb. Klein, 81 J. 6 M. — Frau Elisabeth Zemann geb. Geberlein, 70 J. 9 M.

Letzte Nachrichten.

Regierungskonflikte in Sachsen.

Wie die „Vossische Zeitung“ aus Dresden meldet, hat der sächsische Landtag mit 44 Bürgerlichen gegen 49 sozialistischen und kommunistischen Stimmen den Antrag der Regierung, ihr einen Kredit von 500 Millionen Mark zu bewilligen abgelehnt und den bürgerlichen Antrag, nur 250 Millionen zu bewilligen, angenommen. Dies bedeutet die erste parlamentarische Niederlage der sozialistischen sächsischen Regierung.

Wine Schule des Sozialismus!

Der wichtigste Faktor bei der Erziehung der Menschen sind die Verhältnisse, in denen er sich befindet. Es ist darum ganz selbstverständlich daß gegenwärtig Menschen leben, die den Ausdruck der kapitalistischen Zeltperiode darstellen. Der Mensch der Gegenwart ist eingestuft auf die Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse. Gesellschaftliches Denken liegt ihm im allgemeinen fern. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel.

Es wäre nun aber zumindest ein zweifelhaftes Unterfangen, zu glauben, daß mit der fortschreitenden wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, die alle Hemmnisse überwindend zum Sozialismus führen muß, auch die Menschen ganz mechanisch mit in die neue Zeit hineinwachsen und dann eines schönen Tages, wenn die Zeit erfüllt ist, vom Scheitel bis zur Sohle fertige Sozialisten sind. Viel wahrscheinlicher ist es, daß die Menschen nicht imstande sind, der rasch schreitenden Entwicklung zu folgen und daß es einmal heißt, gemogon und zu leicht befunden. Das aber müßte ungeheures Chaos oder schlimmsten Despotismus bringen. Aufstand darf auch hier als Beispiel gelten.

Diese Erkenntnis muß uns zeigen, wie ungeheuer wichtig es ist, mit ganzer Kraft an die Erziehung des sozialistischen Menschen heranzugehen. Bei der Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse müssen die Menschen schon ein Stück lebendigen Sozialismus in sich haben. Der politische Revolution muß die wirtschaftliche folgen, beide aber bedingen die Revolutionierung der Geister. Diese auszuführen ist die Aufgabe des kommenden Geschlechts. Die Fähigkeit dazu kann ihnen nur eine von den alten Erziehungsgegriffen losgelöste freie Erziehung geben.

Die Arbeiterklasse verbrauchte bisher die besten Kräfte im Kampfe um die primitivsten und selbstverständlichsten Ansprüche. Die Revolution schuf auf diesem Gebiet Aenderung. Wenn wir auch noch sehr weit von Idealzuständen entfernt sind, so muß doch zugegeben werden, daß gegenwärtig ein freieres und leichteres Arbeiten für die sozialistische Idee möglich ist. Dazu kommt, daß aus Schichten der Intelligenz taufreudige Menschen zu uns gekommen sind, unter denen sich

auch begabte Pädagogen befinden. Damit sind Weegleitern auf dem Gebiete der Erziehung geschaffen, die es auszunutzen gilt. Borerst einmal in unseren Organisationen selbst. In der Partei und vor allen Dingen in der Arbeiterjugendbewegung.

Diese Organisation mit ihren mehr als 70 000 Mitgliedern ist fruchtbarster Boden für die hehren Gedanken des Sozialismus. Es ist zu verstehen, daß eine Reihe von Parteigenossen der Jugendbewegung bisher sehr skeptisch gegenüberstand. Heute aber ist die regste Anteilnahme an der Entwicklung unserer Jugendbewegung wichtigste Parteipflicht. In unserer Jugendorganisation liegt ein Stück Zukunft. Die Entwicklung der Jugendbewegung zeigt uns, daß sich in der Jugend selbst starke Kräfte insidieren, die schon ein Stück lebenden Sozialismus darstellen. Soll aber die Umgestaltung des Denkens alle Volksschichten erfassen, dann ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse und die Arbeiterjugend eine innige Arbeitgemeinschaft bilden. An der erwachsenen Arbeiterklasse wird es nicht zuletzt liegen, ob sich die jetzt so hoffnungsvoll entwickelnde Arbeiterjugendbewegung zu dem entwickelt, was sie werden kann: Zur Schule des lebendigen Sozialismus, aus der der sozialistische, selbständige, wahrhafte, der sozialistische Mensch hervorgeht.

Die Jungen aber müssen die Kraft und die Begeisterung ihrer Jugend in der Bewegung konzentrieren, damit sie gute Träger des Sozialismus werden.

Kleine Nachrichten.

Die fortschreitende „Einigung des Proletariats“

In der letzten Woche vor den preußischen Landtagswahlen haben die Vorstände der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Coesfeld und Sassenborn (Westfalen) die nachstehende Bekanntmachung an ihre Anhänger erlassen:

Die Unabhängigen sozialdemokratischen Parteien Coesfeld und Sassenborn haben sich laut Versammlungsbeschluss vom 13. Februar mit der Sozialdemokratischen Partei vereinigt.

war schon in dem Zusammenhang des geschilderten Vorkommnisses die wirksamste Waffe gegen die Reaktion. — Wählerinnen und Wähler der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei! Enthaltet euch nicht der Wahl, sondern wählt am kommenden Sonntag die Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

Der Vorstand der USP, Coesfeld.
Der Vorstand der USP, Sassenborn.

Bewilligung der Forderungen der französischen Textilarbeiter.

Paris, 20. Febr. (Havas.) Die Textilfabrikanten von Roubaix und Tourcoing haben sich gestern in letzter Minute entschlossen, die Teuerungszuschläge für die Textilarbeiter bis zum 13. März weiter zu bezahlen. Infolgedessen ist die Auforderung zum Generalstreik zurückgenommen worden.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserkundensammlungen am 23. Februar 1921.

gestern		heute	
Jawohl
Dorfhan
Thorn	0,99	1,00	...
Ferden	0,88	0,90	...
Ein	0,82	0,80	...
Grasberg	0,84	0,88	...
Kurzbach	1,48	1,40	...
Romauerstraße	0,70	0,64	...
Plehel	0,86	0,77	...
Dirschau	...	1,08	1,04
Einlage	...	2,20	2,18
Schlewenhorst	...	2,44	2,40
Schönan O. P.
Walgenberg O. P.
Neuhorterbuch
Wolfsdorf	...	-0,04	-0,08
Kuwachs	...	+1,03	...

Welschel: Von km 0 (Schlino) bis zur Mündung Grundelst. treiben, 1/2 Strombreite. Eis treibt nördlich gut in See ab.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Volze, für den Danziger Nachrichtendienst und die Unterhaltungsbeilage **Zeit** in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Oliva. Druck und Verlag von J. Wehl u. Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 23. Februar 1921, abends 7 Uhr
Dauerkarten D 2.
Benthesilea
Ein Trauerspiel in 6 Bildern von Heinrich von Kleist.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Herr.
Inspektion: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2
Waldweiser.
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1.
Die Ersöhnung der Eitel.
Sonabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1.
Die Bohème.
Sonntag, nachm. 2 1/2 Uhr. Ermäßigte Preise.
Die Ratzen.
Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Don Juan.

Täglich 7 Uhr.
SCALA
Fr. Sporthalle Große Allee
Täglich 7 Uhr THEATER Täglich 7 Uhr
Größter Erfolg!
Große internationale
Ringkampfkonkurrenz
am den großen Preis von Danzig
50 000 Mark in bar
Vorher neues Varieté-Programm
9 1/2 Uhr Nachtfalter

Apollo Lichtbild-Theater
III. Damen 2.
Spielplan vom 23. 2. bis 25. 2. 21.
Das Rätsel im Menschen!
Sensations-Kriminaldrama mit der berühmten nordischen Hellscherin Hella Laitner.
Gedankenübertragung — Wachsuggestion — Hypnose! — 6 äußerst anregende Akte.
Die Sonnenkusternie in Kakaolani!
Filmwank in 2 Akten. (S773)
Hofgunst!
Großer Schauspiel in 4 Akten.

Stauend billig! können wir aus prima Leder
Damensohlen u. -Abzüge von 25 Mk. an
Herrensohlen u. -Abzüge von 35 Mk. an
schnell und sauber herstellen. (3825)
Hillbrandt & Co., Hundegasse Nr. 39.

Institut für Zahnleidende
Telefon 2621. Pfefferstadt 71! Nähe Bahnhof.
Spezialärztl. Abteil. Spezialtechn. Abteil.
Mund- u. Zahnoperationen in örtlicher oder allgemeiner Betäubung.
Zahnplomben jeder Art. Zahnreparaturen.
Zahnwurzeln mit und ohne Gaumenplatte aller Systeme.
Reparaturen, Umarbeitungen schnellstens. Maß, Kostenberechnung.
Sprechzeit 8—7, Sonntag 9—12. (3346)

Fahrräder, Decken, Schläuche und sämtliche Ersatzteile zu billigsten Preisen. (3636)
L. Fenschel & Co., Peterstraße 9. Tel. 1112.

Junges Ehepaar (†) sucht **Portierstelle** ab 1. 4. 21. Beruf Tischler. Off. u. V. 185 a. d. Exp. d. Stg.
Preislos zu verkaufen: (†) **Bücher, neu**
1. Handels- und Bilanzlehre, 2. Genossenschaftswesen in Deutschl., 3. einige gebr. Bücher a. d. Handelslehre. 1 Paar vernickelte Damenstilleschuhe, Gr. 25. Silk, Belg., Hauptstr. 65.
Feldgr. neuer Ufiter und schw. Überzieher billig zu verk. Paradiesgasse 14, 2 Tr. (†)

Deutscher Heimatbund.
Freitag, den 23. Februar, abends 8 Uhr. Heimatschöne Gedächtnisfeier anlässlich des 100. Geburtstages Johann Karl Schmitt, des Begründers des Danziger Heimatsbundes in Danzig.
Eintritt frei. Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu haben. (3471)
Einen Weltruf verdient Legionka
Tabak, heller Virginia mild, bekömmlich, billig überall erhältlich!

Hotel Danziger Hof
Wintergarten und Rokokoaal
Donnerstag:
5-Uhr-Tanz-Tee
Steffi-Orchester 10 Solisten (3330)
Eigene Konditorei Nix- und Eisgetränk
Sonabend: Reunion Sonntag: Tafelmusik-Pamillienabend

Neues Operetten-Theater
(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Bannmann.
Kassa l. Leitung: Dir. Sigmund Kunstsch.
Heute Mittwoch, den 23. Februar
Anfang 7 Uhr. Anfang
„Der Bettelstudent“
Operette in 3 Akten von Carl Millöcker.
Morgen Donnerstag, d. 24. Februar
„Der Bettelstudent“.
Freitag, den 26. Februar
Zum 1. Male.
Der ersten Liebe goldene Zeit.
Vorverkauf endet tags v. 10—4 Uhr nur im Doman-Haus Langgasse 69/70 statt.
Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse.
Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.
In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Die Marg'sche
Geschichts- u. Gesellschafts- u. Staatslehre
Von Prof. Heinrich Cunow
Sonderausgabe, Karte Halbleinwand
Eine auf die neueste Forschung gegründete großformatige marxistische Ergänzungs- wie sie bisher in der Literatur gänzlich fehlte!
Der erste Band liegt bereit vor, der zweite folgt in den nächsten Monaten
Preis des ersten Bandes in Halbleinwand gebunden M. 42,50 und Sortimentszuschlag
Bestsellchein
34 bestelle hiermit Exempl.
Cunow: Die Marg'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatslehre / 2 Halbleinwand / Preis für den 1. Band M. 42,50 + 20%
Diesen Bestellschein bitten wir anzuschreiben und ausgefüllt sowie unterzeichnet im Druckauftragwert einzufenden an:
Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 5 u. Paradiesgasse 21

Geschäfts- und Familien-Drucksachen, Werke, Jahresberichte usw.
Wirkungsvolle Plakate jeder Art, Massenauslagen in kürzester Frist
liefert in sauberster Ausführung bei mäßiger Preisberechnung
Danziger Volksstimme, Am Spendhaus 6